

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Genfationsprozeß in Weimar

Ein Opfer von Hafenkreuzbanditen unter Meineidsanklage

Weimar, 16. April. (Eigenbericht.)

Vor dem Weimarer Schwurgericht wird augenblicklich ein politischer Genfationsprozeß verhandelt, der ein neues Schlaglicht auf die Justizverhältnisse in Thüringen wirft. Dieser Prozeß stellt sich dem Prozeß gegen den früheren Oberstaatsanwalt Frieders würdig zur Seite, er gehört in das Kapitel der politischen Rachejustiz, die gegen Republikaner und Sozialdemokraten geübt wird.

Angeklagt ist der Polizeioberwachmeister I. W. Paul Schmidt aus Weimar wegen Betrugs und Meineid. Der Prozeß hat seinen Untergrund in den Schandthaten entseelter Raziherden Anfang Juli 1926. Am 3. und 4. Juli 1926 hielten die Nationalsozialisten einen Reichsparteitag in Weimar ab, in dessen Verlauf es zu wüsten Ausschreitungen gegen Republikaner kam. Neben anderen Unfaten wurde in der Nacht vom 4. zum 5. Juli gegen 3.15 Uhr früh

der Oberwachmeister Paul Schmidt, der in der Nähe des Bahnhofes Dienst hatte, von einem Manne der Kleidung und Parteiabzeichen der Nationalsozialisten trug mit einem Revolver durch die Brust geschossen.

Nach der Verlegung wurde Schmidt als im Polizeidienst nicht mehr verwendbar, in den Parteistand versetzt. Seit dieser Zeit kämpft er mit der Stadtverwaltung um die Beseitigung wirtschaftlicher Nachteile, die durch seine Verlegung in den Parteistand für ihn entstanden sind. Er begründet seine Ansprache damit, daß sein Unfall auf ein Verschulden der Stadtverwaltung zurückzuführen ist, indem in der kritischen Nacht der Bahnhof und seine Umgegend vorzeitig von Polizeikräften entblößt wurden.

Nach einer vor einiger Zeit von der Justizpressestelle den Zeitungen übermittelten Notiz,

legt die Anklage dem Schmidt zur Last, daß er sich den Schutz selbst beigebracht habe, und zwar in der Absicht, von der Unfallversicherung eine Abfindungssumme und von der Stadt Weimar ein höheres Wartegeld und eine höhere Pension, als ihm gesetzlich zufließt, zu erhalten.

Im Zusammenhang mit diesem Unfall soll Schmidt weiter einen Meineid geleistet haben. Gegen den Kasseler Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler war vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer Kassel ein Verfahren anhängig, weil er in der fraglichen Nacht vor dem Weimarer Hauptbahnhof eine Rede gegen die Polizei gehalten und für eine nationalsozialistische Revolution eingetreten sein sollte. In diesem ehrengerichtlichen Verfahren wurde Schmidt über die Vorgänge am Bahnhof als Zeuge vernommen. Er soll da bewußt der Wahrheit zuwider beschworen haben, daß er von einem Unbekannten angeschossen worden sei.

Der Tatbestand ist also der: Schmidt wurde von einem Unbekannten, wahrscheinlich einem Hafenkreuzler, sehr schwer verletzt. Es handelt sich um einen gefährlichen Brustschuß, der leicht tödliche Wirkung hätte haben können.

Als er Versorgungsansprüche stellt, überfällt man ihn nach vier Jahren mit einer Anklage, die zu seiner Vernichtung führen kann. Die Grundlage der Anklage ist die Behauptung, er habe sich selbst zu dreiviertel totgeschossen — um eines künftigen höheren Wartegeldes wegen!

In Äußerungen des Schmidt zu den verschiedenen Zeiten ergibt sich keinerlei Widerspruch. Es wurden aber, vor allem von der Stadtverwaltung, die verschiedensten Widersprüche konstruiert auf Grund von Ermittlungen, die als sehr zweifelhaft bezeichnet werden müssen.

Kurzum: ein Beamter, der sein Leben im Dienst aufs Spiel setzte, ist zum Dank dafür mit einer lebensgefährlichen Anklage bedacht worden!

Die Anklage bricht zusammen.

Weimar, 16. April. (Eigenbericht.)

Die Zeugenvernehmung im Prozeß Schmidt am Donnerstagsvormittag brachte eine weitere wesentliche Zerstörung der Anklage. Ein Zeuge beschrieb einen Menschen, der sich

Herr Kube ruft nach Polizei

Ein Beitrag zum Porträt eines Hafenkreuzführers

Herr Wilhelm Kube, preussischer Landtagsabgeordneter der Hitler-Partei, gehört zu den gehässigsten Gegnern der Republik. Es ist selbstverständlich, daß er die republikanische preussische Polizei mit tiefstem Hasse verfolgt und daß er alles aufbietet, um sie in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Herr Kube aber kann auch anders, denn er ist ein sehr wandlungsreicher Herr!

Während des Krieges war er Generalsekretär der Deutschen Konföderativen Vereinigung, im Jahre 1923 trat er zur Deutsch-

Reichstag
Berlin SW 7, am 15. September 1926
Berlin W 37, Kollowstrasse 147.
Fernsprecher: Lütow 8080/81.

Herrn Polizeipräsidenten der Stadt Berlin,
Alexandertplatz, Polizeipräsidenten
Dr. Kochwold geboren

„Kubereise“ hat auf Grund des „des-
petischen“ Aussehens der Versammlungsfreiheit.
Von 21. bis 22. September 1926 folgende Beschwerde:
„Seit mehreren Wochen wird — unehr-
lich auf Anweisung von der Leitung
Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei — immer wieder von halbröhren-
jungens mit den nationalsozialistischen Ab-
zeichen der Versuch gemacht, deutschvölkische
Versammlungen zu sprengen.“

Am 10. September, fanden sich an allen Teilen
Berlins in der öffentlichen Versammlung der
Deutschvölkischen Freiheitsbewegung im Kri-
stervereinshaus (Kontortaal), Chausseestr. 942
hundert junge Leute der National-
sozialistischen Deutschen Arbeiter-
partei, schon bei den Eröffnungsworten des Ver-
sammlungsleiters „Jungmann“ und Brunnen-
decker „Kube“ in der „Märkischen“
Karte, „Mit ihrem Geheiß“ die Versammlung

politischen Partei über, nachdem er aus der Bismarckjugend der
Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen worden war. Sein
Weg ging dann zur Deutschnationalen Freiheitspartei, von da zur
Nationalsozialistischen Freiheitspartei, zur Deutschvölkischen Freiheits-
partei, zur Deutschsozialen Partei Knüppel-Kunze und schließlich im
Jahre 1928 zur Hitler-Partei.

Nach im Jahre 1926 verfolgte er die Nationalsozialisten mit
bitterem Hasse. Die Nationalsozialisten reorganisierten sich, indem sie
in seinen Versammlungen die bei ihnen beliebten Sprengmethoden
anwandten. Herr Kube war darüber so ergrimmt, daß er beim
Oberstaatsanwalt Anzeige erstattete und den sozialdemokra-

tiischen Berliner Polizeipräsidenten um Hilfe anrief.
Aus jener Zeit stammen die beiden folgenden Schreiben Kubes, die
über das Wesen dieses Mannes Aufschluß geben:
Berlin NW., den 1. September 1926.
Herrn Oberstaatsanwalt beim Landgericht I.
Berlin NW.

Unter Hinweis auf das Gesetz zum Schutze der Versammlungsfreiheit stelle ich hiermit
Strafantrag gegen die Berliner Leitung der National-
sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.
Vorliegender mir unbekannt. Die Adresse des Herrn Vorsitzenden ist
wahrscheinlich durch Herrn Regierungsrat Schlange,

bereits bei der heftigen Rede des Rechtsanwalts Freisler am
Bahnhof verdächtig gemacht hatte und dessen Aussehen genau mit
dem Aussehen des von Schmidt beschriebenen Attentäters überein-
stimmte. Die Verteidigung beschuldigte darauf öffentlich den im
Saale anwesenden Zeugen Opiß, daß er der Attentäter gewesen
sei. Eine Gegenüberstellung mit dem ersten Zeugen führte jedoch zu
keinem Ergebnis.

Durch weitere Zeugenaussagen wurde einwandfrei festgestellt,
daß Schmidt sich bei seiner Einkieserung ins Krankenhaus im Besitze
seiner Dienstpistole befand und daß aus dieser Pistole kein Schuß
abgefeuert worden war.
Ein Polizeiwachmeister sagte weiter aus, daß er zehn Minuten

tiischen Berliner Polizeipräsidenten um Hilfe anrief.
Aus jener Zeit stammen die beiden folgenden Schreiben Kubes, die
über das Wesen dieses Mannes Aufschluß geben:
Berlin NW., den 1. September 1926.
Herrn Oberstaatsanwalt beim Landgericht I.
Berlin NW.

Unter Hinweis auf das Gesetz zum Schutze der Versammlungsfreiheit stelle ich hiermit
Strafantrag gegen die Berliner Leitung der National-
sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Vorliegender mir unbekannt. Die Adresse des Herrn Vorsitzenden ist
wahrscheinlich durch Herrn Regierungsrat Schlange,

Dienstag Sahms Einführung.

Am Mittwoch Arbeitsaufnahme.

Die neugewählten leitenden Männer der Berliner
Verwaltung, Oberbürgermeister Dr. Heinrich Sahn,
die Bürgermeister Lange und Dr. Glisä, sowie der
Stadtkämmerer Bruno Nisch, werden bereits am Dien-
stag nächster Woche in einer außerordentlichen Stadt-
verordnetenversammlung durch eine Begrüßungsansprache des
Vorstehers Sahn feierlich in ihr Amt eingeführt werden.
Die neuen Männer werden also am Mittwoch ihre
Arbeit im Rathaus aufnehmen können.

Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 172 wohnhaft, zu erfahren, der
wenigstens früher Vorsitzender der Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei als Regierungsrat war. Meine Anklage
gründet sich auf folgende Vorkommnisse:
In einer Reihe von Versammlungen, so am Freitag, dem
27. August, in Friedebau, Lauterplafkino, am Lauterplaf; am
Dienstag, dem 21. August, in Heinrichs Freisälen, Große Frank-
furter Straße 30, haben organisierte Sprengtruppen der
Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-
partei versucht, unsere Versammlungen systematisch zu sprengen.
Insbesondere war es auf Versammlungen abgesehen, in denen der
Unterschied, Mitglied des Reichstags, als Redner angeführt war.
In der Großen Frankfurter Straße hat es einen kurzen Zusammen-
stoß zwischen der Polizei und den Nationalsozialisten gegeben. Als
ich mit einigen Herren das Lokal verließ, wurde ich von den
Nationalsozialisten mit Zurufen, wie „Feme-mörder“ und ähn-
lichem begrüßt und bis vor das Lokal von Fiesstädt in der Andreas-
straße verfolgt. Erst das Eingreifen einiger Polizeibeamter
befreite mich von den Nationalsozialisten. Dabei fielen Zurufe wie:
„Den Kube schlagen wir tot.“

Wenn ich auch diese Drohung für nicht allzu ernst nehme,
so habe ich doch nicht die Absicht, mir meine versassungsgemäß
gewährte Redefreiheit von jungen unreifen Burschen beschränken
zu lassen.

Das Auftreten der Nationalsozialisten zeigt, daß es auf höhere
Anordnung geschieht. Infolgedessen ersuche ich im Interesse
der öffentlichen Ordnung und zur Durchführung zum Schutze der

nach dem Attentat in kurzer Entfernung von dem Tatort in den
Museumsanlagen einem Trupp Hafenkreuzler begegnete, der sich
auffällig rasch entfernte. Die Hafenkreuzler hätten teils braune,
teils weiße Hemden getragen. Diese Aussage ist von
wesentlicher Bedeutung, weil Schmidt ausgesagt hatte, daß der
Attentäter eine Hafenkreuzblende, ein graues Hemd und eine
Hafenkreuzmütze getragen habe. Die Anklage beruht in ihrem
wesentlichen Teil auf der Behauptung, daß die Nationalsozialisten
bei dieser Tagung in Weimar nur braune Hemden getragen
hätten.

Für die Mittagsstunden ist eine Lokalbesichtigung am Tatort
anberaumt, das Urteil ist erst in den späten Abendstunden zu er-
warten.

Verammlungsfreiheit, öffentliche Anklage gegen die Berliner Gauleitung der Nationalsozialisten zu erheben.

In der Versammlung am 31. August habe ich als Störenfried von der Polizei einen Fritz Lehmann, Karlsrufer, Dönhofsstraße 7 wohnhaft, bei den Eltern wohnend, feststellen lassen. Er hat durch Zwischenrufe gegen den Vorsitzenden, Polizeisekretär Paul Ludwig, Berlin D. 112, Böwefstraße 15, wiederholt die Versammlung gestört und mußte infolgedessen entfernt werden. Er gehörte dem nationalsozialistischen Sprengtrupp an, dessen Führer durch sein Zeugnis zu ermitteln ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Wilhelm Kube, M. d. R.
Berlin W. 57, Bülowstr. 14 III.

Berlin, den 13. September 1926.

An den

Herrn Polizeipräsidenten der Stadt Berlin.
Berlin C.

Alexanderplatz, Polizeipräsidentium.

Ew. Hochwohlgeboren

unterbreite ich auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Versammlungsfreiheit vom 23. Mai 1923 folgende Beschwerde:

Seit mehreren Wochen wird — wahrscheinlich auf Anweisung aus der Gauleitung Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

immer wieder von halbreifen Jungen mit dem nationalsozialistischen Abzeichen der Versuch gemacht, deutschösterreichische Versammlungen zu sprengen.

Auch am Freitag, dem 10. September, fanden sich aus allen Teilen Berlins in der öffentlichen Versammlung der Deutschösterreichischen Freiheitsbewegung im Kriegervereinshaus (Konzerthaus), Chausseestraße 94, etwa zweihundert junge Leute der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein, die schon bei den Eröffnungsworten des Versammlungsleiters, des Ingenieurs und Brunnenbauers Fruchs, Gerichtstraße 61 wohnhaft, mit ihrem Gejohle die Versammlung störten. Immer wieder setzte bei den Ausführungen des Redners verabschiedete Gebüll ein.

Hierauf übernahm der Unterzeichnete den Versammlungsvorsitz und forderte auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Versammlungsfreiheit (siehe: Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1923, Nr. 37) den überwachenden Polizeihauptmann auf, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Störenflüchtlinge aus dem Saal zu weisen. Der Polizeihauptmann weigerte sich, einzugreifen. Trotz sechsmaliger Aufforderung erklärte er, es komme hier lediglich die gefehliche Bestimmung über den Hausfriedensbruch in Frage und Zwischenrufe seien erlaubt. Als ich ihm sagte, daß das Gesetz von etwa hundert Leuten, wie: „Schwindler, Lump,“ usw. nicht mehr als Zwischenrufe angesehen werden könnten, lächelte er und behauptete, das sei seine Sorge. — Lebensfalls stelle ich fest, daß der betreffende Beamte das Gesetz zum Schutze der Versammlungsfreiheit überhaupt nicht kennt. Ich ersuche das Polizeipräsidentium um Zweierlei:

1. Um ein kriminalpolizeiliches Ermittlungsverfahren gegenüber der Gauleitung Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Hierbei bitte ich festzustellen, auf wessen Veranlassung die systematischen Störungen der deutschösterreichischen Versammlungen vor sich gehen.

2. Auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Herrn Preussischen Ministers des Innern zum Gesetz vom 23. Mai 1923 um ein disziplinarisches Vorgehen gegen den Polizeihauptmann, der das Gesetz weder kennt, noch in Anwendung brachte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: W. Kube, Vorsitzender der Wahlkreisorganisation Berlin der Deutschösterreichischen Freiheitsbewegung, Mitglied des Reichstags.

Der Appell an die preussische Polizei war um so interessanter, als er in einer Versammlung im März 1926 aufgeführt hatte, auf Personen zu achten, die sich Notizen machten. Er würde dann Gelegenheit nehmen, mit diesen Bengels und Spikeln der Abteilung IA abzurechnen und sie die Treppe herunterwerfen. Wenige Monate später hielt Herr Kube, wie die Briefe zeigen, die Polizisten für seine Hausrecht. Als ihm in einer öffentlichen Versammlung im Kriegervereinshaus am 10. September 1926 Zwischenrufe gemacht wurden, rief er laut in den Saal hinein: „Die Polizei hierherkommen, die Leute rauswerfen.“

Damals wollte Herr Kube, wie es in seinen Briefen heißt, sich „seine verfassungsmäßigen Rechte nicht von jungen, unreifen Burschen beschränken lassen. Heute ist er einer der Führer der unreifen, jungen Burschen und freut sich, wenn sie Kolonnenmandats und organisierte Sprengtrupps in die Versammlungen anderer schicken. Damals rief er gegenüber dem Treiben der Hakenkreuzbanditen nach dem Staatsanwalt, heute macht er selber mit. Damals rief er nach der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, aber heute spielt er sittliche Entrüstung, wenn mit Hilfe der Notverordnung gegen die Beeinträchtigung verfassungsmäßiger Rechte durch verheulte, unreife junge Burschen eingeschritten wird. So sehen sie aus, die Heiden vom Hakenkreuz!

Kaisergeburtstagsfeier.

Aus dem „Angriff“ vom 15. April:

Mitler-Geburtstagsfeier

der Sektion Alexanderplatz und des Sturm 1
am Sonnabend, 13. April, im Deutschen Konzerthaus

„Apollo“

Gleditschstraße 218, U. Bahnh. Kochstraße

Vg. Sinkel, M. d. R., spricht

Hiermit wird er mit

Gaukammerpräsident, Spielmannsges. IV

Der Stützpunkt ist:

Begleit 8.30 Uhr

Eintritt 7 Uhr

Ganz wie zu Wilhelms Zeiten. Nur daß selbst damals niemand gewagt hätte, den Erwerblosen 30 Pf. für eine Kaisergeburtstagsfeier aus der Tasche zu ziehen!

12000 Mark Reichsbahngelder veruntreut.

Calzig, 16. April.

Der auf dem Leipziger Hauptbahnhof beschäftigt gewesene Reichsbahnassistent Fritz Holzweissig ist mit 12000 Mark, die er unterschlagen hat, flüchtig. Eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung brachte eine Anzahl Rennwettcheine zutage.

„Ich war eine Bestie“

Rürten über sich selbst und seine Taten

Düsseldorf, 16. April.

Der heutige vierte Verhandlungstag gegen den Massenmörder Kürten begann mit der Vernehmung von Zeugen zum Fall Scheer.

Kriminalbeamter Goebel, Düsseldorf, der den Zeugen Müller, der den Ermordeten Scheer zuerst aufgefunden hat, vernahm, sagt aus, daß die Leiche des Scheer gegen 7 1/2 Uhr morgens gefunden wurde. Eine Zeugin erklärt, daß Scheer verschiedentlich in ihrem Lokal war und abends stark ange trunken gewesen sei. Schließlich ist Scheer in trunkenem Zustande gegen 11 Uhr aus dem Lokal fortgegangen. — Auf Fragen des Verteidigers erklärt die Zeugin, daß Scheer nicht bössartig veranlagt war. Kriminalkommissar Tsch hat seinerzeit über die Persönlichkeit des Scheer ausführlich berichtet. Er schildert die Auffindung der Leiche des Ermordeten. Nachdem man zunächst angenommen habe, daß Scheer von einem Auto überfahren worden sei, wurden später zahlreiche Stiche bei ihm festgestellt. Als Täter hatte man anfangs Scheers Sohn in Verdacht, es stellte es sich bald heraus, daß dieser nicht in Frage kam. Scheers Kermel waren stark beschmutzt, der Kragen war hochgeschlagen. Die Stiche sind anscheinend im Liegen ausgeführt worden. Kriminalrat Moaumberg gibt an, daß Kürten den Tator und die Art der Ermordung eingehend geschildert habe. Kürten habe ausgesagt, daß er von Scheer angerempelt wurde und ihn dabei zu Boden geworfen habe. Dana habe er ihn durch 18 Stiche getötet. Damit ist die Zeugenvernehmung für den Fall Scheer erledigt. Es werden anschließend

über 20 Zeugen zum Fall Maria Hahn aufgerufen.

Eine Zeugin erinnert sich, daß ihr Bruder sich Ende Juli mit der Hahn verabredet habe. Abends haben wir uns in einem Gerresheimer Tanzlokal getroffen. Auch am 11. August hatte mein Bruder wieder eine Verabredung mit der Hahn, die aber

nicht kam. Um 7 Uhr abends sagte mir eine Freundin, daß sie die Hahn in Stindermühle getroffen habe. Eine weitere Zeugin hat die Hahn nach dem Dianaaal mitgenommen und sie auch in Kollpingshaus getroffen. Die Hahn erklärte mir, so sagt die Zeugin, daß sie bis zum 15. August verurteilt müsse. Auch mit einem meiner Freunde hatte sie ein Rendezvous vereinbart. Ein Zeuge Dieke hat sich dreimal mit der Hahn verabredet. Sie ist aber am dritten Sonntag nicht gekommen. Zeugin Roslowitz war gegen 7 Uhr in Stindermühle und bemerkte hinter sich ein Paar Hühner, das ihr dadurch auffiel, daß beide sehr zärtlich waren und Rotwein tranken. Kürten läßt durch seine Verteidigung erklären, daß von Zärtlichkeiten gar nicht die Rede sein kann. Ein anderer Zeuge sah gegen 10 1/2 Uhr in Stindermühle ein Paar beim Rotwein, und zwar am dritten Tisch oben auf der Terrasse. Ob Kürten der Begleiter der Hahn war, könne er nicht genau sagen. Die Größe stimme wohl, aber das Gesicht selbst habe er nicht genau gesehen. Frau Görhinger hatte Kürten kennen gelernt. Er erzählte ihr, er sei verlobt gewesen, aber seine Braut sei gestorben. Drei- bis viermal hat er sie in ihrer Wohnung besucht. Auf die Frage des Vorsitzenden an Kürten, ob er sich auch mit dem Gedanken getragen habe, Frau Görhinger und ihr Kind zu ermorden, schweigt Kürten zunächst, gibt aber dann zu, daß er mit dem Gedanken gespielt habe, die ganze Familie zu ermorden! Die Zeugin Koch fällt, als sie zur Vernehmung vor den Richtertritt schreitet, ohnmächtig zusammen und muß fortgetragen werden. Der Staatsanwalt verzichtet auf die Vernehmung dieser Zeugin. Kürten hatte die Zeugin kennengelernt, sich aber von ihr getrennt, als er erfuhr, daß sie arbeitete war.

Ermahnenswert sind die Aussagen Kürtens über sich selbst. Bei der Vernehmung bezeichnete er sich als Bestie. Er würde auch nicht davor zurückschrecken, wenn man ihn töpfen würde. Außerdem würde es ihn sehr interessieren, was die Sachverständigen und Wissenschaftler zu seinem Leben sagen würden.

Gegen Stahlhelmlügen.

Energetische Abwehr durch die Preußenregierung.

Die preussische Staatsregierung erklärt nachdrücklich, daß sie des Volksgehörens in keiner Weise hindern oder beeinträchtigen wolle. Sie werde daher auch gegen die schon gewöhnlich gewordenen Beschimpfungen der Staatsregierung in der Presse nicht vorgehen. Aber in zwei Dingen wird kein Spaß verstanden, nämlich wenn man die preussische Staatsregierung beschuldigt, Vandalenverrat zu treiben und mit ausländischen Mächten gegen Deutschland zusammenzuarbeiten, oder wenn man den Mitgliedern der Staatsregierung nachsagt, in die eigene Tasche zu arbeiten. In allen solchen Fällen wird Gelegenheit gegeben werden, solche Behauptungen zu beweisen.

Zur Angelegenheit des Landrats Hansmann erklärt die preussische Staatsregierung, daß Hansmann vom Innenministerium zur Berichterstattung aufgefordert worden ist und der Bericht darüber in einigen Tagen veröffentlicht werden wird. Weiter wird erklärt, es bestehen Gründe zu der Vermutung und Landräger sollen das auch in früheren Versammlungen schon gehört haben, daß ein Komplott vorbereitet wurde, um Hansmann zu einer Verurteilung hinzureißen, die man dann agitatorisch ausnutzen könne. Wenn nun die Hugenbergspreche von einer großen Zahl Zeugen spricht, die bereit seien zu schwören, daß Hansmann die Frontsoldaten beschimpft habe, so erinnert man an den Münchener-Prozess, wo auch Dutzende Zeugen bereit sein sollten, Verurteilungen zu beschwören, von denen sich herausstellte, daß sie gar nicht gehört hatten.

In diese Linie schlägt auch der Fall der Bielefelder Rede Otto Brauns; hier sollten sich Herrn Hugenberg Zeugen angeboten haben, die beschwören wollten, daß Braun eine Verurteilung getan habe, die in Wirklichkeit der Versammlungsleiter, Reichstagsabgeordneter Schreck, getan hatte. Uebrigens hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung die Behauptung, daß Hansmann von „Schweinen“ gesprochen hätte, bereits fallen lassen; jetzt soll er den Ausdruck „Wieser“ gebraucht haben.

Die Hugenberger gehen jetzt auch mit Meineidsbeschuldigungen gegen den preussischen Staatssekretär Dr. Weismann treiben. Die preussische Staatsregierung verweist darauf, daß Weismann schon längst vor dem Preussischen Landtag erklärt hat, alle diese Beschuldigungen seien durch gerichtliche Einstellungen beschlüssig widerlegt. Ministerpräsident Braun wird eine entsprechende deutschnationale Anfrage im Landtag demnächst beantworten.

Glücklich wieder vereint.

In Schiff und Bahn nach Frankreich.

Paris, 16. April. (Eigenbericht.)

Die Königin von Spanien ist in Begleitung ihrer Töchter und Söhne heute vormittag in Paris eingetroffen. Sämtliche in Paris anwesenden spanischen Aristokraten hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden und benutzten diese Gelegenheit zu einer monarchistischen Kundgebung.

Wie aus Marseille gemeldet wird, ist der spanische Kreuzer „Prinzipe Alfonso“ in den frühen Morgenstunden in den Hafen eingelaufen. Der König, begleitet von dem Herzog von Miranda und seinem Bruder Ferdinand von Bourbonne, stieg um 7 Uhr morgens an Land. Gegen Mittag wird er die Weiterreise nach Paris antreten.

Alfons in Marseille.

Marseille, 16. April.

Der Kreuzer, an dessen Bord sich der König von Spanien befindet, ist auf der Reede von Marseille angekommen.

Untersuchungsgefangene freigelassen.

Valencia, 16. April.

Heute vormittag brach hier im Zellengefängnis eine Meuterei aus. Die Behörden und die Gefängniswache bemühten sich, die Häftlinge ohne Gewalt zur Botmäßigkeit zurückzuführen, aber diese mußten die allgemeine Verwirrung aus und ließen in den Hof des Gefängnisses hinunter. Unterdessen trafen die telephonisch herbeigerufenen Verstärkungen der Gefängniswache ein und außerdem die Delegierten des republikanischen Ausschusses. Diese forderten die Häftlinge unter Zustimmung der Straflosigkeit auf, sich zu ergeben. Die Häftlinge bemächtigten sich aber der Delegierten und erklärten, sie würden letztere nicht eher freilassen, als bis man ihnen die Freiheit wiedergebe. Inzwischen trafen weitere Verstärkungen

mit Tränengas ein. Dieses wurde aber nicht benutzt, weil man befürchtete, daß auch die republikanischen Delegierten, die sich in der Gewalt der Gefangenen befanden, darunter leiden könnten.

Der Leiter des Gefängnisses rief aus telephonisch in Madrid bei der Regierung an, die sich damit einverstanden erklärte, daß man die Gefangenen einstweilen freilasse, zumal sich die meisten von ihnen nur im Zusammenhang mit einem schwebenden Prozeß in Untersuchungshaft befanden. Die Häftlinge lieferten die Waffen ab, deren sie sich bemächtigt hatten, worauf sie freigelassen wurden.

Ringkampf mit Einbrechern.

Ein Wächter angeschossen und ausgeplündert.

Angeschossen und ausgeplündert wurde in der vergangenen Nacht ein Wächter der Wachbereitschaft Groß-Berlin, Richard Schneider, der in der Deaulenkstraße 38 wohnt.

Schneider bewacht das Grundstück Lichtenberger Str. 13 im Nordosten Berlins, auf dem sich auch eine chemische Fabrik befindet. Bei einem Rundgang kurz vor 2 Uhr wurde er plötzlich von mehreren Burschen überfallen, die aus einer dunklen Nische heraus sprangen. Einer schlug ihn von hinten mit einem harten Gegenstand über den Kopf, so daß er taumelte. Ein zweiter schloß ihm eine Pistole auf die Brust. Die Burschen, zweifellos Einbrecher, versuchten, dem Wächter die Dienstwaffe zu entreißen. In dem Ringkampf schossen sie mehrmals auf ihn und eine Kugel traf ihn am Hals. Nur seiner warmen Kleidung hatte er es zu verdanken, daß die Schlagader nicht aufgerissen wurde. Durch Schläge auf den Hinterkopf hatten sie den Mann schließlich kampfunfähig gemacht und ihm die Waffe gestohlen. Damit flüchteten sie. Schneider schickte sich wieder aufgerafft hatte, sah er noch, daß die Verbrecher in einem Auto davonfuhr. Die Nummer konnte er erkennen und bei seiner Anzeige angeben. Der Wagen ist heute früh vor dem Hause Klosterstraße 68 verfallen aufgefunden worden. Er war am Mittwochabend in Tiergartenviertel gestohlen worden. Auf seiner Kapselle rief der Ueberfallene Polizeibeamte herbei, die ihn, da er durch Blutverlust stark mitgenommen war, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain brachten. Die überfallenen Einbrecher hatten es zweifellos auf die chemische Fabrik abgesehen, waren aber durch den Rundgang des Wächters gestört worden.

Selbstmord vor der Brandruine.

Volkschullehrer erschossen aufgefunden.

In der vergangenen Nacht verübte der 48jährige Lehrer Otto Thleml aus der Kaiserin-Augusta-Allee 63 in Charlottenburg im Tiergarten Selbstmord durch Erschießen.

Gegenüber der Brandruine des Palais Bücher fanden Polizeibeamte beim Morgengrauen auf einer Bank die Leiche eines Mannes. Wie sich ergab handelte es sich um Selbstmord. Der Lebensmüde hatte sich aus einer Mehrloppfiste einen tödlichen Kopfschuß beigebracht. Die Gründe, die den Lehrer zu dem Verzweiflungsschritt getrieben haben, sind noch unbekannt.

Das plötzliche Verschwinden des Studentenrates an der Kömer-Oberrealschule Max Behholdt, hat durch das Auffinden der Leiche seine Aufklärung gefunden. Seit dem Ostermontag wurde Behholdt vermisst. Alle Nachforschungen blieben zunächst erfolglos. Vor wenigen Tagen ist der Vermisste, wie erst jetzt bekannt wird, auf dem Boden des Hauses Aniephofstraße als Leiche entdeckt worden. Behholdt hatte sich an einer Bodenluke erhängt. Nebenüberreizung scheint das Motiv zur Tat zu sein.

Aus dem zweiten Stockwerk eines Hauses in der Zornsdorfer Straße stürzte sich die 71jährige Witwe Henriette B. auf den Hof hinab. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde die Greisin ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Betrugsanfrage gegen Notar.

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat Anklage gegen den Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Haver und fünf Genossen erhoben. Haver wird u. a. beschuldigt, die Reichs-schuldenerverwaltung in betrügerischer Weise geschädigt zu haben. Bei der Ermittlung über den Betrugsfall sind weitere Fälle aufgedeckt worden, bei denen sich der Verdacht des Betruges und der Unterschlagung gegen Haver ergeben hat. Auch diese Fälle sind in der Anklageschrift erdört.

Bezahltes Lumpengefindel.

Verleumder vom Hause Hugenberg.

Der „Tag“, ein Ableger des „Lokal-Anzeigers“, veröffentlicht in seiner Unterhaltungsrubrik einen Aufsatz: „Wer hat die Revolution bezahlt?“ Der Verfasser, der mit drei Sternen zeichnet, hat offenbar nicht den Mut, seinen Namen zu nennen, er zieht es vor, aus dem Dunkeln heraus zu verleumden. Chefredakteur des Blattes ist ein Herr v. Rade m., ein ehemaliger Offizier, als Verantwortlicher zeichnet ein gewisser Rudolf Flemming.

Der Aufsatz, das typische Produkt eines Geisteskranken, führt mit allerlei Papierschnitzeln, Zeitungsausschnitten und Zitaten aus Schundromanen — wie aus dem berühmtesten Buch von Desgranges — den „Beweis“, daß die Sozialdemokratie während des Krieges gegen Bezahlung im Dienste der Entente gearbeitet und Revolution gemacht habe. Nach seiner Darstellung war die Sache so, daß die Spartakusgruppe und die U.S.P. russisches, englisches und französisches Geld bekamen, die SPD. aber mit diesen Gruppen heimlich zusammen spielte. Ob die SPD. auch etwas bekommen hat und wieviel geht aus dem toten Geschreibsel nicht klar hervor.

Ursprünglich wollte sich die Entente gar nicht damit begnügen, Deutschland durch Entsehung der Revolution zum Waffenstillstand zu zwingen. Sie wollte vielmehr das deutsche Heer zwischen die beiden Feuer der alliierten Armeen und der deutschen Revolutionäre nehmen, „wie Hasen zwischen zwei Treiberketten“. Acht Millionen deutsche Soldaten, durch die S.W.-Räte am Rhein abgeschnitten von aller Nachsorge, ohne Verpflegung, ohne Munition, zwischen zwei Feuern vernichtet. . . Und Deutschland und das deutsche Volk für immer aus der Weltgeschichte gestrichen.

Das also war „der Plan“. Woran ist er gescheitert? Darüber sagt der Verleumder mit den drei Sternen wörtlich das folgende:

Und nicht den Gewissensbissen deutscher Revolutionäre ist es zu danken, wenn der Plan nicht zur Ausführung kam. Ein Empfinden für Ehre, ja auch nur Erbarmen mit den in Tod und Verderben gehtenen Volksgenossen kannte dies vom Feind bezahlte Lumpengefindel nicht mehr. Nein, Clemenceau zögerte im letzten Augenblick, die sozialistische Besse von der Kette zu lassen. Und Marschall Joch war gleicher Ansicht. Sie piffen die Bluthunde zurück.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß nur ein Geisteskranker das schreiben kann. Ein gesundes Gehirn ist solcher Erfindungen gar nicht fähig.

Aber mit dieser einfachen psychiatrischen Diagnose läßt sich die Angelegenheit nicht erledigen. Es bleiben noch die Herren von Rade m. und Flemming übrig, die die moralische und die juristische Verantwortung für die Verleumdung tragen. Und es bleibt die Tatsache, daß der Aufsatz trotz der offensibaren Geisteskrankheit des Verfassers mit einer bemerkenswerten Vorsicht geschrieben ist.

Es werden nämlich in dem Artikel eine ganze Menge von Namen genannt. Würde aber einer der Genannten das oben wiedergegebene Zitat auf sich beziehen, so würde Herr Flemming zweifellos mit der Wiene des Biebermanns versuchen, damit sei ja der Kläger gar nicht gemeint.

Eine andere bemerkenswerte Tatsache ist, daß der anonyme Verfasser gegen Lote viel mutiger ist als gegen Lebendige. An Hugo Haase beispielsweise und Paul Levi geht er mit einem wahren Hyänenneifer heran, während er Dittmann und Scheidemann nur aus einiger Entfernung umfreist. Daß Dittmann wegen des Desgranges-Schwindels kürzlich geklagt und seine Segnar zur Zurücknahme ihrer blödsinnigen Verleumdungen gezwungen hat, ist ihm sicherlich bekannt. Zurücknehmen, denkt man sich in der Redaktion des „Tag“, kann man ja immer noch. Was aber den toten Paul Levi betrifft, so hat er zwar am 14. März 1927 eine Beurteilung des Alfred Rosenberg vom „Völkischen Beobachter“ erzielt, der ihn einen bezahlten Agenten Englands genannt hatte — aber die ganze Geschichte hat nur 300 R. gekostet!

Ergebnis: Mit einem Minimum von persönlichem Risiko hat man gegenüber einer leichtgläubigen Leserschaft den Anschein erweckt, als ob die größte Partei Deutschlands bezahltes Lumpengefindel wäre, das für Geld zu jedem Berrat, zu dem Massenmord an den eigenen Volksgenossen fähig ist. Daß man durch die Verbreitung solcher volksvergiftenden Verleumdungen dem deutschen Volke einen Dienst leistet, das können Menschen mit gesundem Hirn nicht glauben. Das Wort „bezahltes Lumpengefindel“ fällt in voller Schwere auf diejenigen Personen zurück, die für die Veröffentlichung jenes Produkts einer überreizten Phantasie die Verantwortung tragen.

Labour Sieg bei Nachwahlen.

Unabhängige für Regierung.

London, 16. April.

Die am Mittwoch im Wahlbezirk von East Woolwich durchgeführte Nachwahl endete erwartungsgemäß mit einem Sieg des Kandidaten der Labour-Partei, Hicks, der insgesamt 16 200 Stimmen gegen 12 357 Stimmen des konservativen Kandidaten erhielt. Bemerkenswert ist aber, daß die Mehrheit der Arbeiterpartei von 3541 bei den letzten Parlamentswahlen auf 3843 Stimmen zurückgegangen ist.

Die Situation der Regierung wird heute morgen wesentlich günstiger beurteilt, da die Independent Labour Party nicht Stimmeneinhaltung, sondern Unterstützung der Regierung beschlossen hat.

Industrie gegen Briands Zollunion.

London, 16. April.

Das Projekt einer europäischen Zollunion, das Briand als Alternative zu dem deutsch-österreichischen Abkommen dem Europarats des Völkerbundes zu unterbreiten gedenkt, stößt nach Mitteilungen des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ schon jetzt in französischen Industriekreisen auf scharfsten Widerstand. Die französischen Industriellen sollen entsetzt gegen jede Maßnahme sein, die eine Senkung der hohen Zölle herbeiführen könnte, da die Industrie nicht auf den Schutz durch Zölle verzichten könne.

Haftenkreuz-Grabschänder.

Zwei Hitler-Leute zu Gefängnis verurteilt.

Breslau, 16. April. (Eigener Bericht.)

Das Schöffengericht Dels verurteilte zwei Nationalsozialisten, die übrigens in Hitler-Uniform vor Gericht erschienen, wegen Grabschändung zu drei bzw. zwei Monaten Gefängnis. Beide hatten mit einem Komplizen, der jedoch freigesprochen wurde, auf dem jüdischen Friedhof in Trebnitz die Grabsteine mit roter Farbe beschmiert und zum Teil umgeworfen. Außerdem hatten sie die Leichenhalle erbrochen und verunreinigt.

Konzerte und Konzertgeber

Kritische Bemerkungen / Von Klaus Pringsheim

Mit einer Reihe vorübergehender Veranstaltungen tritt der Deutsche Konzertgeberbund U. V., der sich vor etwa einem Vierteljahr in Berlin konstituiert hat, in das Stadium praktischer Arbeit. Es handelt sich um eine Art organisierter Selbsthilfe des Standes der konzertierenden Künstler — Selbstschutz vor den Gefahren der Existenzvernichtung, mit denen diese Zeit der katastrophalen Räte weite Kreise der Musikerschaft bedroht. Dieselben Räte, vielfältig bedingt durch den Fortschritt der mechanischen Musik, durch Vorgänge der gesellschaftlichen Umschichtung und, allgemein, durch die Krise der kapitalistischen Wirtschaft — dieselben Räte haben im Nachbarbezirk der Dreifachmänner als ersten Schritt aktiver Abwehr die Schaffung des Berliner Arbeiter-Sinfonieorchesters gezeitigt, dessen Konzerte sich hoffentlich als einwillkürliche Institution des Kulturlebens durchsetzen werden. Aber von jenen größeren, tieferen Ursachen ihres Elends scheinen die „Konzertgeber“, die Künstler des Sinfoniepodiums, nichts zu wissen. Alles Unheil — wenn man ihre Erklärungen liest — kommt von der „Diktatur der Konzertdirektionen“, alles Heil soll von ihrer Bekämpfung und, in fernerer Zukunft, ihrer Niederkämpfung kommen.

Die Konzertdirektionen — kein Zweifel, daß ihr öffentliches Wirken an der unhaltbar gewordenen Gesamtsituation viel Schuld hat. Vor allem: Keine Unterscheidung von wirtschaftlich veranwortlichem Unternehmertum und bezahltem Agentendienst, klare Scheidung ihrer arbeitgebenden und arbeitnehmenden Tätigkeit — dies endlich zu fordern und auf der Forderung zu bestehen, hätte vernünftigen Sinn. Das Vorhaben der Konzertgeber scheint uns so einsichtig wie aussichtslos. Verzweifelt rennen sie gegen das Stück Kapitalismus an, mit dem sie zu tun haben; aber mit hundertprozentiger Sicherheit ist vorauszusagen, daß dieses Stück Kapitalismus, fest eingebaut in das herrschende Wirtschaftssystem, mit den Kräften nicht umzubringen sein wird, die ein eingetragener Verein von einigen hundert Künstlern einzusetzen hat. Von ihrem Platz und im Bereich ihrer Arbeit wollen sie schaffen, was im Lauf von Menschengeschlechtern der Sozialismus der Welt mühsam, schrittweise, als letztes Ziel erkämpft: den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — welche Verkennung der heutigen Wirklichkeit, welche naive Ueberschätzung der eigenen Kraft!

Zur Zeit steht es so, daß die gutgehenden, nämlich durch Nachfrage gesicherten, also wirtschaftlich gesunden Konzerte fast ausschließlich von den Konzertdirektionen betrieben werden; die ungesunden, überflüssigen, die ewigen Defizitkonzerte sind jene, bei denen der Künstler in der Rolle des Konzertgebers sein eigener Unternehmer ist: Unternehmer eines hoffnungslosen Berufsgeschäfts. Und den Kampf dieses unheilbar kranken Teils gegen den gesunden, lebensfähigen des Konzertlebens wollen sie allen Ernstes führen?

In den Kreisen der Arbeiterschaft weiß man besser, was es heißt, aus eigenen Kräften einen künstlerischen Betrieb aufzubauen.

Aus der Jurzfreen.

In der Jurzfreen stellen einige junge Architektinnen aus, die am Weimarer Bauhaus Schüler von Bortning waren und manches Gute von ihm übernommen haben, wie z. B. G. Örrer. Den besten Eindruck machen Graefner, mit einer reizenden Vorleserin in reiner Holzkonstruktion für Wdmont (erstauulich der Gesamtpreis: 45 000 M.) und Hitzg. Schipke mit einem räumlich klaren und sachlichen Umbau eines Berliner Hotelcafés.

Aus den übrigen Sonderausstellungen — je ein Raum für einen Künstler — sind drei Malerinnen mit besonderem Nachdruck hervorzuheben, die den guten Instinkt der Jurzfreen für große selbständige Leistungen unter der Jugend ganz herzlich dokumentieren. Die stärkste, sicher eine der kraftvollsten Erscheinungen unserer heutigen Kunst überhaupt: Johanna Schüh-Wolff, deren erstaunliche Figuralterspiele immer, wo sie auftauchen, berechtigtes Aufsehen erregen. Hier ist nun ein Raum mit einem Duzend ihrer Arbeiten gesüßt, und es ist zu sagen, daß seit langer Zeit nichts einen so tiefen, ja erschütternden Eindruck gemacht hat als diese Wallweberlein, die ein oder zwei große ruhige Figuren als Gegenstand haben, voll einer unergründlichen und mystischen Herlichkeit. Wer nicht in das innerste Wesen der Form und ihrer seelischen Bedeutung einzudringen weiß, wird allerdings kaum etwas von der Wirkung dieser vollendeten Schöpfungen einer hohen Phantasie verspüren. Dann die sehr pittoresken und drohigen Malereien und Schnurpfefferlein von Paula Grünfeld, bei aller Wichtigkeit sehr ernst zu nehmen; und endlich die erregenden Federzeichnungen von Hanna Nagel, erschlossen aus einem echt weiblichen Komplex von Mann und Kind, erstaunlich phantastische Offenbarungen einer tiefen leidenschaftlichen Seele.

Ein neuer Bädler in der Nationalgalerie. Die Berliner Nationalgalerie stellt in dem einen Bädler-Saal ihres alten Hauses, neben den „Gedanken der Seligen“ eine neue Erwerbung aus, die „Ackerluren im Bortrübling“, 1886 gemalt. Das Bild, das sich bisher in walddeutschem Privatbesitz befand, hat als Hauptmotiv die Streifen braunen und grünen Ackerlandes, die mit scharfer Beförderung von vorn ins Bild hineinführen, hin auf die Gruppe heller Pappelfämme um ein Gehöft herum, deren noch bräunliches Kronengeäst sich durchsichtig gegen den weißlichen Himmel abhebt. Die Landschaft ist tief erfüllt von liebender Andacht der Naturbeobachtung.

Sigrid Onégin, die von Amerika zurückgekehrt ist, singt am Sonntag, 19. April, zum ersten Male wieder in der Städtischen Oper die Dalila in „Samson und Dalila“.

Kollin's „Angelina“ in der Bearbeitung von Hugo Köhr gelangt in der Städtischen Oper am 20. April zur Erstausführung.

Ein Wettbewerb des U. V. V. Am letzten Heft der Zeitschrift „Das Neue Bild“ veröffentlicht der Arbeiter-Lichtbild-Bund einen Bilder-Wettbewerb, für den 20 Preise im Gesamtwert von 200 — M. ausgesetzt sind. Die 20 aufgezählten Bilder dieses Wettbewerbs sind ausschließlich vom Bild der Arbeit des Bundes aufgenommen. Sie sind ein Beweis für die rege Tätigkeit innerhalb der Arbeitergruppen. Die Zeitschrift kann für 40 Pf. monatlich bei jeder Wochenscheinung, Postamt oder beim Verlag, Berlin S 42, bestellt werden.

Eine Schauspieler-Nachfolgestellung anlässlich des 60. Geburtstages von Geo. Blech findet Sonnabend, 11. Ubr., in der Staatsoper, unter den Händen, statt. Zur Aufführung gelangt „Spiel und Ernst“ von Reginald „Berkeley“ von Geo. Blech unter Leitung des Komponisten; Maria Rogovin singt wieder von Leo Blech. Karten im Telegraphenbau, Kreitzstr. 11.

Ein umfangreiches Reklamewerkzeug wurde dem Leiter der geologischen Abteilung der Universität von Alberta an den Ufern des Großen Bärensees in Nord-Kanada entdeckt.

Man weiß, daß ein von Kapitalmächten unabhängiges Unternehmen etwa wie die Volkshöhne nicht denkbar wäre ohne das tragfähige Fundament ihrer Publikumsorganisation —, nicht denkbar, wenn vielleicht eine Gruppe von Schauspielern sich nur zu einem hybridkapitalistischen Experiment zusammengelassen hätte. Welche ahnungslose Verträumtheit heutiger Künstler, sich einzubilden, nur auf sich selbst gestellt, vermöchten sie es mit dem kapitalistischen Segner aufzunehmen! Wer es gut mit ihnen meint, der muß sie vor einem Weg warnen auf dem schwere Enttäuschungen und schwerere Erschütterungen nicht ausbleiben können.

Fürs erste tritt der Konzertgeberbund, wie vor ihm der Verband konzertierender Künstler, selbst als Konzertdirektion auf und verspricht Verbilligung der Konzerte für Veranstalter und Besucher und, damit verbunden, Hebung des Besuchs. Das soll nun in einer Reihe von Musikerkonzerten demonstriert werden. Namhafte Künstler haben sich für den guten Propagandazweck zur Verfügung gestellt. Furzwängler wird mit den Philharmonikern konzertieren; gestern gab es im Pacht-Saal unter Kunwalds Leitung einen Abend des Berliner Sinfonieorchesters. Am Anfang und am Ende des Programms steht Beethoven: die „Cortolan“-Ouvertüre und die VII. Sinfonie. Dazwischen aber: die „Holländer“-Arie, Fledermaus, Waldmonolog aus den „Meisterjüngern“. Wagner im Konzertsaal, Opernfragmente, gefungen von Albert Fischer, dem geschätzten Dramatikenfänger — das war kein glücklicher Gedanke. Dann spielt Max Trapp, ohne als Pianist zu interessieren, sein neues, musikalisch belangloses Klavierkonzert. Wie wenig kennt der Konzertgeberbund das Publikum, um das er sich bemüht, wenn er glaubt, mit solchen Darbietungen werben zu können.

Am selben Abend ist der große Saal der Philharmonie bis auf den letzten Platz besetzt: der Beethoven-Zyklus des Philharmonischen Orchesters ist bis zur „Missa solemnis“ gelangt. Mit dem Mittelchor und bewährten Solisten eine Aufführung, deren hohes Gesamtniveau bekannt ist. Hier bedarf es keiner neuen Werbemaßnahmen; Orchester und Chor beabsichtigen weitere Konzerte dieser Art zu veranstalten.

Und ein Publikum von vielen Tausenden hat sich Sonntag mittag im Sportpalast versammelt: Zu dem „Volkstümlichen Konzert der Vereinigten Staatsoper“-Orchester (zugunsten der Unterstützungskasse der Staatsoper). Ein ungewöhnliches Klangergebnis, dieses exakt musizierende Riesenorchester von fast 200 Instrumentalisten; und am Dirigentenpult, einander ablösend, die Generalmusikdirektoren Biech, Kleiber, Klemperer. Märche und Tänze — also: ein „volkstümliches“ Programm. Ob es wirklich dem „Volk“, den Massen heute gar so nach Tanzmusik, nach Tanzen zumute ist? Märche, das ist etwas anderes; das Volk marschiert, wie sind einverstanden. Im Ernst, es wäre an der Zeit, diesen geringfügigen Begriff von „Volkstümlichkeit“, den das gebildete Bürgertum erfunden hat, aus dem öffentlichen Denken verschwinden zu lassen.

Erich Carow macht alles.

Ja, er macht wirklich alles in seiner Pachtbühne am Weinbergsweg: den Direktor, künstlerischen Leiter, die Hauptattraktionsnummer und was weiß ich sonst noch, und er hat noch Zeit, mit seinen Gästen zu plaudern. Chaplin ist kürzlich dort eingelebt, er muß in dem Kritiken und der volkstümlichsten Clownfigur Berlins Verwandtschaft gespürt haben. Uralte Volkstraditionen sind in beiden wieder aufgelebt. Erich Carow ist der moderne, wiedergeborene Hanswurst, die komische Person schlechthin. In seinem neuen Stück „Lehmann macht alles“ gibt er einen alten, äußerlich verloderten Hausdiener, der mit seiner lebenswerten Frechheit das ganze Geschäft tyrannisiert, ein Verwandter von Wallenbergs Jawabül. Das ist natürlich Theater um des Theaters willen, die Typen — schon im Aussehen zum Augen — ist alles. Wie er den Befehl geschultert den Chef befehlt, überlistet, dirigiert, er, der Herrscher, ein schäbiger Hock, wie er mit Wälden tötet oder seine seelische Not ausdrückt, das alles ist urecht. Freilich ist das Stück reichlich lang wie das ganze Programm (von 20 bis 24 1/2 Uhr). Aber das Publikum hält — für 60 Pf. — bis zum letzten Orchesterstück treulich aus.

Carow will die Leute unterhalten, zum Lachen bringen. Er glaubt alles Politische, alles Tendenzlose fern halten zu sollen, damit sie bei ihm mal einen Abend allen Lebensernst vergessen. Ein Standpunkt (wenn auch nicht unser). So stellt er ein vorzügliches Varietéprogramm zusammen: Rigger- und andere Tänze, Jönng mit seinem Rab, ein Ull artistischer Leistung, gleich gut die Geschwister Alant, erstklassige Handstandskünstler. Vor allem aber ist der Freddy Sieg, der nächsten sein 30jähriges Bühnenjubiläum feiert, ein Original von eigenen Gnaden, der dämliche, doofe (und dabei natürlich geistlose) Reize von hinreißender Komik auf die Beine stellt. An der Ausstattungsgreue „Ach, du lieber Himmel“ wirkt er auch hervorragend mit. Der Himmel ist ja seit William Mode geworden; hier wird er burlesk aufgezoogen. Frau Luna — Lucie Carow — und Karl Müller (Petrus) machen die Hanneurs für die Erdenspieler in Frod und Nachthemd, die für gehörigen Wumph sorgen.

Den Preisabbau hat Carow längst vor allen anderen erfunden; er hat damit sozologen angefangen und reußiert ausgezeichnet damit.

Frauenrechte in Gefahr!

Fast ausschließlich Frauen füllten die Aula des Realgymnasiums Kaiserin-Augusta-Straße in Tempelhof. Reichstagsabgeordnete Genossin Bohm-Schuch warnte vor dem Glauben, als bestes heute keine Kriegsgefahr mehr. Der Internationale Frauentag, der Erinnerung der Toten des Weltkrieges und der Mahnung der Lebenden gemeldet, soll auf die in der kapitalistischen Gesellschaft immer drohende Kriegsgefahr aufmerksam machen. An die Frauen werden wir uns, um sie zum Kampfe aufzurufen, denn Frauenrechte sind auch heute wieder in Gefahr. Heute geht der Kampf besonders um das Recht der Selbstbestimmung der Frau auf ihren Körper. Die Frau muß selbst, im Gefühl größter Verantwortung gegen sich, ihre Kinder und die Gesellschaft, frei bestimmen können, ob sie noch mehr Kinder gebären darf. Aber dieser Kampf ist immer nur ein Teil des sozialistischen Befreiungskampfes, und auch die Frau wird erst mit der Befreiung des Proletariats ihre volle Freiheit finden. Genossin Emma Ritche vom U.D.V. erinnerte an den jahrzehntelangen Kampf für den Arbeiterinnen- und Kindererschutz. Diese sozialen Gesetze dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung zur Unterstützung der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellten Anträge zur Beilegung des § 218 angenommen.

Manifest des IOB. zum 1. Mai

Kampf für Frieden und Arbeiterschutz

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht ein Manifest zum 1. Mai an die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Es heißt:

Die Kapitalisten mußten bis heute zur Lösung der Wirtschaftskrise keine anderen Mittel ausfindig zu machen als Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Unterdrückung der sozialpolitischen Institutionen und Gesetze, d. h. die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung und die Steigerung des Elends. Auf politischem Gebiet gehören ihre offenen oder uneingestanden Sympathien dem Faschismus, diesem zur Aufrichtung der politischen Herrschaft des Kapitals errichteten System des Zwanges, des Terrors und der Gewalt.

Den Heilmitteln des kapitalistischen Unternehmertums hat die Arbeiterklasse ihre eigenen Mittel gegenüberzustellen:

- Verkürzung der Arbeitszeit!
- Hochhaltung der Löhne! Bezahlter Urlaub!
- Heraufhebung des Schulalters!
- Erweiterung und Ausbau der sozialen Fürsorge und Versicherung! Vermehrung der öffentlichen Arbeiten usw.!

Mit der bloßen Aufzählung der den Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit dienenden Lösungen ist es jedoch

nicht getan, sondern es muß auch alles versucht werden, um diese Lösungen mit aller der Arbeiterklasse innewohnenden Fähigkeit und Macht sowie mit festem Willen und Begeisterung durchzuführen.

Eine der größten und ernstesten Aufgaben des Augenblicks ist ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Wie auf anderen Gebieten und vielleicht noch mehr als auf allen anderen Gebieten ist es hier von größter Wichtigkeit, allen Winkeln ein Ende zu setzen und den Gegensatz zwischen den Wünschen und der bestehenden Sachlage, zwischen übernommenen Verpflichtungen und erreichten Resultaten zu beseitigen.

Arbeiter und Angestellte! Das Jahr 1931 ist für euch ein Jahr der Vorbereitung der Geister zugunsten des Friedens und der Abrüstung! Ihr müßt das Gewissen aller jener wachrufen, denen die Erhaltung unserer Kultur und Zivilisation nahe geht! Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert am 1. Mai:

- Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit! Arbeit und Brot für alle!
- Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialversicherung!
- Abrüstung! Frieden!

Das Problem der Arbeitslosigkeit.

Deutschnationale Patentlösung.

Der vereingte Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg legte am Mittwochabend die Vorträge über das Problem der Arbeitslosigkeit fort, das am 12. Februar durch einen ersten Vortrag des Geheimrat Böhmer begonnen worden war. Der frühere Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Lenzler, gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Gründe für die Arbeitslosigkeit, mehr als es bisher gesehen sei, auf innerpolitischem Gebiet zu suchen wären. Viele Fehler seien gemacht worden; vor allen Dingen müsse man die Frage eher ihren Ursachen entsprechend von der wirtschaftspolitischen Seite ansprechen, nämlich um Arbeit zu beschaffen, als sie von der sozialpolitischen Seite anzupacken, indem man sich mit ihren Folgen befaßt. Die Beschäftigungskosten müßten noch mehr gesenkt werden durch weitere Herabsetzung der Gehälter und Löhne, eventuell auch noch unter den willkürlich zum Vergleich herangezogenen Reallohn von 1913, durch Verringerung der öffentlichen Ausgaben usw. Er kritisierte dabei scharf die bisherigen Ergebnisse des unter der Leitung des früheren Reichsarbeitsministers Brauns tagenden Ausschusses zur Untersuchung und Behebung der Arbeitslosigkeit, die man durchweg als Vorschläge gegen die Arbeit bezeichnen müsse.

Die Patentlösung der Deutschnationalen ist also die weitere Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Nun ist es ja kein Geheimnis mehr, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Deutschland und der Welt zurückzuführen ist auf die Tatsache, daß die Produktivität schneller gestiegen ist als der Verbrauch. Nicht weil der Bedarf der Verbraucher gedeckt ist, sondern weil die Kaufkraft nicht ausreicht. Herr Lenzler meint aber, die Kaufkraft müsse noch mehr gesteigert werden, dann erst werde der Absatz wieder steigen. Das ist zwar verkehrt, aber deutschnational.

Tiefer gehts nimmer!

33 Proz Lohnabbau. — Arbeitsamt Fürstenwalde hilft mit.

Der Arbeitgeberverband der Baustoffproduzenten Brandenburg-Berlin hat anscheinend den Ehrgeiz, sich den ersten Preis im Lohnabbau zu erobern.

Die Betriebe Vereinigte Berliner Mörtelewerke, Gustav Weidner, Gebr. Tabbert und Berliner Kalksandsteinwerke Robert Guttmann in Niederlehme bei Königsmusterhagen hatten vor Jahren eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die mit dem Verband der Fabrikarbeiter aus fast die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter regelte, die in den außerhalb Berlins gelegenen Sandwerken dieser Betriebe während der frostfreien Jahreszeit beschäftigt

werden. Der tarifliche Stundenlohn der ungeserten Arbeiter betrug bis zum 31. März dieses Jahres 91 Pf., im Akkord wurden 1,10 bis 1,50 Mark verdient.

Im Februar kündigte der Arbeitgeberverband der Baustoffproduzenten Brandenburg-Berlin den Tarif mit der Begründung, daß die Arbeitsgemeinschaft aufgelöst sei und die Unternehmer Mitglieder seines Verbandes geworden sind. Verhandlungen über den Neuaufschluß des Tarifes wurden solange verzögert, bis der Tarifvertrag abgelaufen war. Durch Anschlag in den Betrieben wurde dann verfügt, daß ab 1. April der Lohn von 91 auf 67 Pf., also um 26 Proz. gesenkt wird. Akkorde, die sonst im Tarif festgelegt waren, sollten mit jedem einzelnen Arbeiter vereinbart werden.

Man hat sich dabei den Betrieb der Firma Guttmann in Gosen als Muster genommen, wo man angeordnet hat, den Akkord von 1,10 bzw. 1,20 Mark auf 80 Pf., also gleich um 33 1/2 Proz. zu senken. Dort hat man, in der Erwartung, daß die anlässigen Saisonarbeiter zu diesen Bedingungen die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, bereits Arbeiter aus Schlesien geholt, denen man einen Stundenlohn von 63 Pf. zahlte.

Noch toller treibt es die Firma Gebr. Tabbert im Niederschmer Bezirk. Sie bot ihren Arbeitern ebenfalls 63 Pf. an, trotzdem ihr Sandwerk am Seddinsee auf Berliner Gebiet liegt und demzufolge eigentlich der Berliner Tiefbauarbeiterlohn von 92 Pf. zu zahlen wäre. Als auch hier sich die Saisonarbeiter weigerten, für diesen Lohn die Arbeit aufzunehmen, forderte die Firma vom Arbeitsamt Fürstenwalde Arbeitskräfte an. Das Arbeitsamt Fürstenwalde vermittelte auch Arbeitslose nach diesem Wert und sperrte den Arbeitslosen die Unterstützung, die sich weigerten, im Sandwerk am Seddinsee wegen des Arbeitskampfes der dort anlässigen Saisonarbeiter anzufangen! Das Arbeitsamt Fürstenwalde ist nämlich der gleichen Auffassung wie die Firma Tabbert, daß ein Arbeitskonflikt nicht bestehe, weil — das Sandwerk im Winter stillgelegt habe und es sich um eine Neuerröffnung des Werkes handle! Die Arbeiter der Sandwerke im Bezirk Niederlehme hoffen im Vertrauen auf ihr gutes Organisationsverhältnis und die Solidarität ihrer Arbeitskollegen auch in Schlesien, daß sie trotz dieser Widerstände aller Art den Abwehrkampf doch solange führen können, bis sich die Unternehmer dazu bequemen, mit dem Fabrikarbeiterverband wieder erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.

„Revolutionäre“ Demagogie.

Der Fabrikarbeiterverband als Aktionär.

Wenn ein Franz Dahlem in der „Roten Fahne“ in verleumderischer Absicht schreibt, „daß an der Spitze der freien Gewerkschaften eine Bande von Streitrecherorganisatoren steht, die mit den Organen des Klassenstaates und dem Unternehmertum in einer kaum verhüllten Verschwörung gegen die Interessen des Proletariats steht“, dann braucht man sich über weitere ähnliche

Zutausbrüche der Ohnmacht der KPD. gegen die freien Gewerkschaften eigentlich nicht mehr zu wundern. Doch die Beschäfte in den höchsten Fachwerken ist der KPD. berart peinlich, daß ihre Schreiber alles daran setzen müssen, den Staub, den die Dienstbuche Spionage aufgewirbelt hat, durch Windmächten zu vertreiben.

Bereits in der Vorkriegszeit waren größere Gewerkschaften darauf bedacht, durch Beschaffung einiger Aktien industrieller oder Handelsunternehmungen sich die Möglichkeit zu verschaffen, in der Generalversammlung der Aktionäre dieser Gesellschaften ihre kritische Stimme zu erheben, um den Herren Aktionären zu sagen, wie sie über die Ausbeutungsmethoden der kapitalistischen Unternehmungen denken. Die KPD. hat jetzt die Entbedung gemacht, daß auch der Fabrikarbeiterverband sich diese Möglichkeit geschaffen und deshalb Aktien der IOB-Farben erworben hat.

Wer die Artikel im Verbandsorgan des Fabrikarbeiterverbandes, des „Proletarier“, gegen die Lohnkürzungs-Kampagne der Unternehmer in der chemischen Industrie gelesen hat, kann nicht gut behaupten, der Fabrikarbeiterverband habe die chemische Industrie geschont, weil er Aktien der IOB-Farben besitzt. Das hindert die KPD.-Presse jedoch nicht, den Fabrikarbeiterverband zu verdächtigen, daß er mit dem IOB-Farben-Konzern gemeinsame Sache mache, und der Gauleiter Bruhns als Mitglied des Aufsichtsrats jährlich 65 000 M. erhalte. „Für eine solche Bestechungsumme kann die IOB-Farben schon erwarten, daß die Reformisten nicht die Interessen der Arbeiter, sondern der kapitalistischen Aktionäre vertreten.“

Jeder ehrliche Arbeiter wird sich mit Absehen von „Revolutionären“ abwenden, die in solch gemeiner Weise die freien Gewerkschaften herabzusetzen suchen.

Es geht auch anders.

Neuer Lohnstarif für Vergolder.

Während der Schlichtungsausschuß für die Arbeiter der Berliner Holzindustrie einen Schiedspruch auf 8 Proz. Lohnabbau gefaßt hat, ist für die Vergolder und Rahmenmacher jetzt ein Lohnstarif abgeschlossen worden, der zwar auch einen erheblichen Lohnabbau bringt, aber immerhin sich auf 4 Proz. beschränkt.

Die Tarifverhandlungen zogen sich schon seit Ende vorigen Jahres hin. Die Vergolder forderten für die tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von anderthalb Stunden je Woche einen Lohnausgleich, die Unternehmer dagegen einen beträchtlichen Abbau der Stundenlöhne und Akkordlöhne. Am 23. März faßte der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch, der einen Abbau der Löhne und Akkorde um 5 1/2 Proz. vorsah.

Als die Unternehmer die Rechtswirksamkeit dieses Schiedspruches durchsetzen wollten, spitzte sich die Situation infolge des Widerstandes der Vergolder derart zu, daß sich die Unternehmer zu einer nochmaligen unverbindlichen Aussprache bereitanden. Das Ergebnis dieser Aussprache war das Zugeständnis der Unternehmer, anstatt 5 1/2 Proz. nur 4 Proz. abzugeben.

Eine geheime Abstimmung in der Vergolderversammlung, die zu diesem neuen Angebot Stellung nahm, ergab nicht die statistische Mehrheit für den Streit, so daß das Angebot der Unternehmer angenommen gilt. Der neue Lohnstarif läuft bis zum 31. Juli dieses Jahres.

Steinfeger und Berufsgenossen Berlins!

Am 11. April wurde vom Tarifamt ein bindender Schiedspruch gefaßt, wonach der Lohn ab 9. April 1931 beträgt: für Steinfeger 1,63 M., für Steinhauer 1,63 M., für Kammer 1,48 M. und für Hilfsarbeiter 88 Pf. bis 1 M.

Ueber alle anderen Punkte des Schiedspruches wird in der Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 19. April, vormittags 10 Uhr, in den Brunnenläden, Brunnenstr. 15, Bericht gegeben.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin.

Walter Harlans Beerdigung findet am Sonnabend, 14 Uhr, auf dem Friedhof Heerstraße statt.

Wetter für Berlin: Wolkiges und ziemlich kühles Wetter ohne wesentliche Niederschläge, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: Im Süden vielfach Niederschläge. Im Nordwesten veränderlich, im Nordosten heiter bis wolkiges Wetter mit Nachfrösten.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Spröte, Berlin; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt „Der Sinn“ & Co., Berlin SS 68, Lindenstraße 2, Hertz 1. Telefon.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 17. April, abends 7 Uhr.
Sitzung der Mittlere Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. u. 5 Barb. 9239
Nachmittags 50 Pf. — 3 M. Abends 1 — 5 M.
Juan Lissas
mit seinem verstärkten Orchester
d'Anselmi, Drena Beach usw.

Donnerst. 16. 4. Staats-Oper Unter d. Linden 22. A-V 18 1/2 Uhr Siegfried (Doppelrolleführung) Ende geg. 23 Uhr

Donnerst. 16. 4. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr Fiddello Ende n. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper im Platz der Republik. 14. R-S 20 Uhr Madame Butterfly (Doppel. Kartenverkauf) Ende geg. 22 1/2 Uhr

Städt. Schiller-Theater, Charitthg. 20 Uhr Die Bekehrung des Ferdys Pistora Ende 22 1/2 Uhr

PLAZA
Weinhol 7, 4031
Täglich 5, 8 1/2, Sonntags 2, 5, 8 1/2 Nachm. 50 Pf. bis 1 M. abds. 1 bis 2 M.

Heute Premiere!
Senin Glazeroff
mit seiner großen russischen Gesangs- u. Tanz-Revue
Merian Dogs
Hunde-Pantomime höchster Klasse.
Barbara la May
New Yorker kontors. Tanzstar und weitere Attraktionen!

Verlag Der Bücherkreis
G. m. b. H. • Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

Oskar Wöhrle
Der Baldamus und seine Streiche
Neue veränderte, endgültige Fassung 1951
„Ein echter süddeutscher Schelmenroman.“ Die „Bücherwelt“ der „Soz. Bildung“, Bl.
„Der „Baldamus“ gehört zu den wichtigsten Volksbüchern unserer Zeit.“
Martin Ruckebusch im „Opplid“
„... ein modernes, realistisches Gegenstück zu Eichendorffs romantischem „Leben eines Taugenichts“.“
„Arbeiter-Jugend“, Berlin.

Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage

92.-100. Tausend

Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage
Jubiläumssauflage

Umfang 224 Seiten • Ganzleinen
Preis 4.80 Mark
(Für Mitglieder Sonderpreis)

Volksbühne
Theater am Nilowplatz, 8 Uhr
Das Wintermärchen
Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Die Bekehrung des Ferdys Pistora

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Natalie
v. Iwan Turgenjew
Regie: Iwan Schmitz

Garnowsky-Schaen
Theater in der Stresemannstr.
Täglich 9 1/2 Uhr
Gestern u. Heute
Schauspiel von Christa Winsloe

Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Eine königliche Familie

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 449
8 1/2 Uhr
Alles Schwindel
von Schiller
Musik v. Spillhansky
Regie: Gustaf Gründgens

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lügner u. die Nonne
von Kurt Götz

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Alt-Heidelberg
Lucie Englisch,
Westermarck, H. J. Noebis,
Pezack

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Ueber 125 Mal
Voruntersuchung
von Max Alsbury u
Otto Ernst Besse

Theater im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Der lustige Krieg
Ohmann, Ahlers,
Trautenhahn & G.
u. a. m.

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Erika GIBNER
in:
Der stille Kompagnon
Lustspiel von Leo Lenz.

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Land des Lächelns.
Preise 1—9 M.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Husarenflieger
Gudlo Thielischer,
Kastner, Arnstadt,
Vespermann

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Veldnen v. Montmartre
Operette v. Kalmann
Gitta Alpar,
Waldemar G.

Elite-Sänger
Kottbusser Str. 6
Tägl. 8 1/2 Uhr
Sonntag 9 1/2 Uhr
FRITZI
Sara Gastspiel
Lotte Hand
& G. Koppes.
Jegwars Ehrlich,
Rehm, mögliche Preise!

CASINO-THEATER
8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37
Der neue Schlager:
„Er träumt von Jiss“
Dazu das neue Fest-Programm
Guldschein 1—4 Personen
Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M.
Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

Reichshallen-Theater
Abends 9
Sonntag Nachm. 3 1/2
Stettiner Sö. ger
Das große April-Lach-Programm!
Nachm. bedeutet ermäß. Preise!
Tel.: Merkur 1247
Dönhoff-Brettl
Variété — Tanz — Konzert!

GROSSES SCHAUPIELHAUS
Täglich 8 Uhr: Im weissen Rödel.
Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise Regie: Erik Charol

Winter Garten
8 1/2 Uhr. Jani. 2019. Karten erhalt.
Bayelma-Ballett,
Gretl. Vornon, 2 Hartwells,
Riofate Karimba Band usw.

Paulsens Reformplan

Eine grundsätzliche Darlegung von Dr. Otto Seeling-Berlin

Die Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins befaßte sich auf einer Tagung in Koblenz mit den Plänen Paulsens, die er in seiner an dieser Stelle bereits kurz skizzierten Schrift „Der Neuaufbau unseres Schulwesens“ (Verlag A. B. Zickfeldt, Ostermied, Harz) ausführlich darlegt. Nach einer äußerst lebhaften Debatte kam einstimmig folgende Entschliessung zustande:

„Die X. Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins verabfolgt die Richtlinien für den Ausbau der Volksschule als Zielweisung für die Entwicklung unseres Bildungswesens aus den gegebenen Verhältnissen heraus und als Grundlage weiterer erziehungswissenschaftlicher Auseinandersetzung praktischer Versuche. Sie fordert die Mitglieder des Preussischen Lehrervereins auf, sich für den Ausbau der Volksschule im Sinne der Richtlinien einzusetzen und ermahnt vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, daß es der Hebung der Volksschule die Wege ebnet und verkehrswegweisem Einzelvorhaben in Stadt und Land weitestens Spielraum gewährt wird.“

Es ist angedacht, auf die Reformvorschläge Paulsens noch einmal näher einzugehen, und zwar deshalb, weil die Lehrerschaft seit Jahrzehnten einen zähen aufreibenden Kampf kämpft um die notwendige innere Erneuerung der Schularbeit und des Schullebens. Paulsen gibt zu, daß die Zerrissenheit unseres gesellschaftlichen Lebens in der Schule stark spürbar ist und trotz Arbeitserziehung, Gemeinschaftserziehung, handwerklicher Erziehung in ihrer Rückwirkung auf das Schulleben nicht überwunden werden konnte. Es besteht darüber kein Zweifel, daß die Grae der Problematik unseres erziehungswissenschaftlichen Duns heute deutlicher als je vor unserem Auge steht. In unaufahrlicher stetiger Entwicklung vollzieht sich im Uebereinstimmung mit unseren psychologischen, biologischen und soziologischen Einsichten der geistige Neuaufbau unseres Schul- und Bildungswesens. In diesem niemals zur Ruhe kommenden Prozeß ist die Konstante der Mensch, individuell charakterisiert, erd- und gesellschaftsgeboren.

Fort mit der Bildungsanarchie!

Was tut nun nach allem heute noi? Nicht die Begründung eines neuen Bildungsprogramms, sondern die Aufzeichnung eines Organisationsprogramms, das die Schule in die Zusammenhänge des täglichen Lebens bringt und den Ausdruck ihrer Bildungsarbeit darstellt. Paulsen ruft aus: „Was nützen dem Volksschüler die feinsten Arbeitsmethoden, wenn ihm nicht schließlich die Schule im geordneten Bildungsgang an die Stelle unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gelangen läßt, wo er sie nachdringend für sich und die Gesellschaft anzubringen vermag. Die „Bildungsanarchie“ muß aufhören und verumt, Plan und Sinn in unser Schulwesen hineingebrocht werden.“

Paulsen zieht Vergleiche zwischen der Organisation unseres heutigen Bildungswesens und anderen Ländern, und er bedauert die Tatsache, daß für den ehemaligen Volksschüler so gut wie keine Aufstiegsmöglichkeit vorhanden ist. In der Madchenbildung ist die Volksschulerin geradezu rigoros von allen mittleren Berufen ausgeschlossen. Ist doch selbst für Kindergärtnerinnen, Hochnerinnen und Hauswirtschaftslehgerinnen die Exzessivitat vorgeschrieben.

Paulsen befaßt nun den Umstand, daß dem Berufsschulwesen der innere Zusammenhang und die organische Verbindung mit dem Gesamtbildungswesen fehlt. Diese Verbindung herzustellen muß nach Paulsen die schulpolitische und organisatorische Leitung der Volksschule sein. Im Auslande habe die Volksschule diese ihre Aufgabe längst übernommen, ja vielfach so rechtzeitig übernommen, daß der Zusammenhang mit dem übrigen Schulwesen nicht verloren ging. Paulsen streift sodann die Frage, ob die heute im Todeskampf liegende Volksschule noch Kraft genug hat, sich eine neue Bildungsaufgabe zu stellen und von sich aus Bildungsordnung und Bildungsgee in die Schulveranstaltungen hineinzutragen.

Das Endziel

Paulsen weist den Gedanken einer Zerklagung des Berufsschulwesens durch die Volksschule weit von sich. Er fordert, daß der Unterbau des Bildungswesens der Struktur des Oberbaus entspricht. Im Endziel bedeutet der Ausbau der Volksschule den Aufbau des Schulwesens überhaupt. Am Beispiel Englands zeigt Paulsen, welcher große Fehler dadurch gemacht worden ist, daß die Volksschule in innerer Abhängigkeit von der höheren Schule gelieben ist. In England umfaßt die Elementarschule sechs Stufen. Auf der Elementarschule baut sich das gesamte übrige Schulwesen auf. Es gliedert sich in zwei große Sektionen, in die Volksmittelschule und in die hoherere Schule. Die Volksmittelschule umfaßt vier Jahrgänge und teilt sich (Paulsen fügt hinzu, leider) in die beiden Züge der geringer und gut Befähigten. Beide Züge stehen zusammenhanglos nebeneinander. Der Zug der gut Befähigten lehnt sich in den ersten beiden Jahren eng an die hoherere Schule an, damit den Zuglingen dieses Zuges die Möglichkeit eines späteren Uebertretts in eine hoherere Schule bleibt. In den letzten beiden Jahren haben die Schüler Gelegenheit, sich durch Teilnahme an kaufmännischen und technischen Kursen praktisch auszubilden.

Grundsatlich fordert Paulsen in seinen Richtlinien die Herstellung einer organischen Verbindung der Volksschule mit der Berufs- und Fachschule. Diese stellt nach Paulsen das Hauptstück der Schulreform dar. Von hier aus ist die endgültige Regelung des Verhältnisses der Volksschule zur höheren Schule allein möglich. Paulsens Pläne haben naturgem auch heftigen Widerspruch erfahren. Manche befürchteten zu Unrecht eine weitere Verkopfung und Intellektualisierung unseres Bildungswesens. Andere wiederum lehnten ebenso zu Unrecht eine zu frühe bezugsfundliche Beeinflussung der Schüler ab, weil dadurch die allgemeine geistige Entwicklung des Zuglings gefort und unterbrochen wird.

Paulsen fordert mit aller Energie und Klarheit die zehnstufige Volksschule. Er schreibt zu diesem Punkte: „Aus humanen, volkswirtschaftlichen und kulturpolitischen Gründen muß die Jugend aus dem zermurbbenden Berufsleben so lange zurückgehalten werden, bis sie ohne Gefährdung ihrer geistigen Entwicklung an den Aufbau ihrer persönlichen Existenz herangehen kann. Die Jugendzeit ist Schonzeit. Je weiter sie hinausgercht

wird, desto reicher sind die regenerierenden Krate der Gesellschaft. Grundlaglich sind alle Parteien darüber einig.“ (S. 17 a. a. O.) Nach Paulsen bleibt das neunte und zehnte Schuljahr inkultativ. Daraus folgt aber, daß Aufgabestellung, Zielbestimmung, Bildungsmöglichkeiten und Bildungseinrichtungen der Oberstufe der Volksschule werbefrahtig sein müssen, und zwar in einem Ausmaße, daß sie die Schüler herberzuehen: aus der höheren Schule, in der sie sich bei ihrer individuellen Begabung vielleicht auf dem Fernwege befinden und zurückhalten aus dem Erwerbeseben, für das sie sich berufslich noch nicht entscheiden können. Paulsen sagt weiter: „Die weniger wohlhabenden Gruppen unserer Bevölkerung (Arbeiter und Angestellte) werden die neue Schulform unter allen Umständen begren. Sie werden heute durch die Einzigartigkeit des akademischen Bildungsweges meist gegen ihren Willen und gegen die Begabung des Kindes gezwungen, die hoherere Schule zu bevorzugen.“ Eine Wahl ist für sie praktisch ausgeschlossen.“

Paulsen gliedert die künftige Volksschule in die Volksgrundschule und die Volksmittelschule. Er hofft, daß im Volksmunde sich die Ausdrücke einbürgern werden, Grundschule, Mittelschule und Oberschule. Die Volksmittelschule soll nach Paulsen eine vierstufige Anstalt sein über die verlängerte Grundschule, sie soll aber nicht sein eine Sonderanstalt. Wohl gibt er die Notwendigkeit der räumlichen Trennung zu. Diese darf aber auf Lehr- und Lehrmethode keinerlei Einfluß haben. Bei Paulsen gibt es zwischen dem sechsten und siebenten Schuljahr keine tiefe Führ. Anfolgedessen können bei ihm auch die Schüler — genügende Leistungen vorausgesetzt — ohne Prüfung in die Volksmittelschule übergehen. Ein Ausleseverfahren (wie bei Uebertretts in die Sekto) findet nicht statt. Paulsen ist davon überzeugt, daß jedem normalen Kinde der angeedeutete Aufstieg möglich ist, wenn endlich einmal unsere Lehrpläne von den die Intelligenz des Kindes zerrrenden Stoffmassen gründlich gesaubert werden.

Paulsen fordert schließlich die Ergänzung der bisherigen Bildungsarbeit durch die berufliche. Bei ihm spielt diese Aufgabe im Bildungsaufbau der Volksschule die antreibende und zugleich entscheidende Rolle. Bei der Darbietung des Baubildes des neuen Bildungswesens muß sich Paulsen auf ein theoretisches Baubild beschränken, weil nämlich Regierungen und Verwaltungen einen praktischen Versuch bisher nicht zugelassen haben.

Der unterrichtliche Aufbau

Wertvolle Anregungen und brauchbare praktische Vorschläge macht Paulsen in dem Kapitel: „Der unterrichtliche Aufbau der Volksmittelschule“. Das siebente Schuljahr hat den Sinn einer anhebenden Berufsfindung. Hier wird der Berufunterricht stundenplanmaig in Arbeitsgemeinschaften durchgeführt. Der Rechenunterricht hat gerade hier eine ruckichtslose Stoffentlastung zu erleiden. Der fremdsprachliche Unterricht tritt als Wahlunterricht auf. Von einem straffen, lehrgangmaigen Unterricht in geordneten Zugeln ist in dem siebenten Schuljahr abzusehen. Wesentlich ist, daß der Schüler Gelegenheit zu seiner Begabungsentdeckung erhält. Das siebente Schuljahr stellt somit ein Vorbereitungsjahr dar, ein Jahr der Uebereitlung zum eigentlichen Oberbau der Volksschule.

Im achten bis zehnten Schuljahr wird der gemeinsame Unterricht zugunsten eines nach Fach- und Berufsinteressen gegliederten Unterrichts eingeschränkt. Dieser Unterricht ist wahlfrei und dient bewußt beginnender Berufsorbereitung bzw. der Erwerbung klarer Berufseignungen. Auf den gemeinsamen Unterricht entfallen 18 bis 24 Wochenstunden. In ihnen wird die Bildungsarbeit der vorausgegangenen Stufen fortgesetzt. Der Fach- und Wahlunterricht umfaßt 6 bis 12 Wochenstunden und führt in geschlossenen Fachbildungsgangen nach einem festen Lehr- und Stundenplan zur mittleren Reife, d. h. zur Berechtigung des Eintritts in die nachfolgende Fachschule oder in die Oberschule.

Von der Jugend urteilt Paulsen: „Die Jugend ist fleig, stellen wir sie nur unter die ihr gemäßen Arbeitsbedingungen. Es ist weniger die Hahenzahl der Stunden, die sie ermüdet, als der in diesen Stunden herrschende, die lebendigen Sinne und die Intelligenz belahende Lärm der Gedächtnis- und Prüfungsarbeit. Die Krate der Jugend sind fast unverflegbar. Diese erscheint nur

Arbeitslosigkeit und Schule

In einigen Volksschullassen Breslaus waren 163 Mädchen aus Familien, in denen der Vater seit kürzerer oder längerer Zeit arbeitslos war. Es konnten die Zensuren vor der Erwerbslosigkeit des Vaters mit denen nach einjähriger, zwei-, ja vierjähriger Arbeitslosigkeit verglichen werden. Ganz allgemein sanken die Leistungen um eine halbe bis eine ganze Nummer. Das erste Jahr drückte die Leistungen der Mädchen am meisten, die folgenden Jahre sanken sie stetig weiter, und die Schülerinnen mit guten Leistungen vor der Erwerbslosigkeit (gut oder ziemlich gut im Durchschnitt) verloren mehr als die Schwachen. Es leiden unter der wirtschaftlichen Not und der seelischen Bedrucktheit der Eltern die Leistungen aller Mädchen, aber die der begabten noch stärker als die der schwachbegabten.

Die Begabung, die sich in der Beurteilung durch den Lehrer doch in gewisser Weise ausweist, wird ja so gern als durch die Erbmasse bestimmt angesehen. Aber mit der Arbeitslosigkeit hat die Volkswirtschaft — leider — einmal ein ganz großes Experiment gemacht, an dem die Milieubedingtheit der Leistungen klargelegt wird. Denn es handelt sich um die gleichen Mädchen, bei denen sich keine Erbanlage verfestigt hat, sondern nur das wirtschaftliche Leben im elterlichen Haushalt. Es ist durchaus einleuchtend, daß auch in normalen Zeiten sich ein Unterschied um eine ganze oder halbe Nummer in der Durchschnittszensur rein aus einem schlechteren, ungünstigen Milieu herleiten lassen kann.

Wenn unter den 77 Löchern „Arbeitsloser“ der einen Schule sich 5 Mädchen fanden, die ihre Zeugnisse sogar gebessert hatten, so befähigt diese Ausnahme nur die Regel: es erwächst dem Volksganzen ein ganz ungeheurer Schaden aus der Arbeitslosigkeit so vieler Väter. Die Volksschule muß mit diesem Schaden rechnen, die auf den Kindern der Arbeitslosen lasten. Man solle ihr diese erschwerende Arbeit an ihnen nicht noch drückender machen durch Entziehung staatlicher Mittel und Zusammenlegung der Klassen.
Käthe Basemann-Breslau.

faul, wie sie uns unbegabt erscheint, wenn wir sie unter unnatürlichen Bedingungen arbeiten und leben lassen.“

In der Volksmittelschule sollen Lehrer aller Schulgattungen nebeneinander unterrichten. Paulsen sagt: „Es gibt kein wirksameres Mittel für das Hinwegraumen von Vorurteilen für die Vereinigung der heute noch einander widerstrebenden Lehrergruppen, als das gemeinsame Arbeits-, Pflicht- und Verantwortungs-erlebnis. Wen ist uns hier mit glänzendem Beispiel vorausgegangen. Es hat selbst die Leitung seiner Volksschulen doppelt besetzt und der akademische Bahn ist zerronnen. Paulsen will mit seiner Schulreform Sinn, Ordnung und Zusammenhang in das Bildungswesen bringen. Nach seiner Meinung wird es uns nur auf diesem Wege gelingen, die Intelligenz unserer Jugend zu mobilisieren. Darüber hinaus soll aber auch der soziale Dienst an unserer Jugend organisiert werden (z. B. durch Schülerheime und Studienbeihilfen).“

Man mache einen Versuch!

Es hat auf der Koblenzer Tagung nicht an Einwänden gefehlt. Eine besondere Gegnerschaft ist Paulsen hier und da in den Kreisen der Berufsschullehrerschaft entstanden. Man befürchtet hier den Abbau der unteren Stufen der Berufsschule. Die Berufsschule, die Fachschule wird aber nach Paulsens Plänen keinesfalls entbehrlich. Paulsen bemängelt den Standpunkt, daß die Schule in irgendeiner Form von einer bestimmten Gruppe als Eigentum reklamiert wird. Die Schule gehört nicht der Lehrerschaft, sie gehört in erster Linie der Jugend und sodann der Wirtschaft und der Kultur.

Nachdem das von Paulsen so gründlich erörterte Problem des Neuaufbaues unseres Schulwesens seit Jahr und Tag in unzähligen Vorträgen erörtert und durchdacht worden ist, sollte mit der Theorie zunmehr Schluß gemacht werden. Man mache einen Versuch in der Praxis und beauftrage Paulsen als erfahrenen Schulmann mit der Durchführung. Die Pädagogik im ganzen würde dabei ganz gewiß nicht schlecht abschneiden.

Die Bildungskrisis

Kublick auf die IV. Davoser Hochschulkurse

Das Thema „Bildungskrisis der Gegenwart“ (von Professor Hans Freyer-Beipzig behandelt) beanspruchte im Rahmen der Davoser Hochschulkurse über „Erziehung und Bildung“, die zwischen dem 22. März und dem 11. April stattfanden, das Hauptinteresse. Zwei von Grund auf verschiedene, scharf gegeneinander abgegrenzte Bildungsideale, hinter denen zwei völlig getrennte Welten stehen, wurden hier einander gegenübergestellt: das alte humanistische Ideal, von dem früheren Kultusminister Professor Becker in seinem Festvortrag über „Wissenschaft und Bildung“ vertreten, und das neue politische Bildungsideal Professor Freyers, das, eben im Entstehen begriffen, die Bildungskrisis überwinden soll.

Wissenschaft und Bildung, meint Becker, einmala eng zusammengehörig, kaffen heute weit auseinander, können nie wieder identifiziert werden; denn die sich stets weiter spezialisierende Wissenschaft muß sich notwendig immer mehr entpersonlichen, Bildung dagegen sei höchster Ausdruck der Persönlichkeit. Körper, Geist, Seele müssen gleichermae entwickelt werden, um eine völlig harmonische Persönlichkeit zu bilden; der Geist aber müsse stets die Führung behalten. Becker bekämpft ebenso die allzu einseitige Anhäufung von Wissen, die niemals zu wahrer Menschheitsausbildung führen könne, und ist auf der anderen Seite ein Feind jener allzu einseitig betonten körperlichen Ausbildung, wie sie in der Sportbertreibung eines als „Autajugend“ glossierten Teiles unserer heutigen Jugend zum Ausdruck kommt. Eine neue Humanität erwache, die den gesamten Menschen in den Mittelpunkt stellt, zum Vollmenschentum erzieht; humanistische Einstellung, das sei Verantwortlichkeit des harmonischen Menschen gegenüber der Gemeinschaft.

Freyer nun sieht die Bildungskrisis der Gegenwart gerade in dem völligen Zusammenbruch dieses humanistischen Bildungsideals, das ein bürgerliches, ein demokratisches Ideal sei. Bedeute doch heute für einen Teil des Bürgertums Bildung Selbstzweck. Den proletarischen Menschen aber zwingt die Enge seines Lebensraumes, seine Abhängigkeit von überindividuellen Mechanismen und Macht Faktoren, mit jenem bürgerlichen Bildungsideal Schluß zu machen und an seine Stelle ein neues Ideal zu stellen, das der Lage des proletarischen Menschen eher entspricht und ihn besser ausrstet in seinem Kampf um neue Lebensgestaltung und -formung. Bildung kann für ihn in der gegenwärtigen Zeit immer nur Mittel zum Zweck sein. Bildung in jenem humanistischen Sinne, lediglich mit dem Ziel der Persönlichkeitsentfaltung, sei für ihn nicht aktuell. Die Bildungsfrage sei aus dem Zentrum unseres Lebens herausgerckt. Bruno Schlegel schwärmte: „Das höchste Gut und das allein Rgliche ist die Bildung“, so war das nicht ironisch, sondern ganz ernst und wörtlich gemeint. Welcher gegenwärtige Mensch aber wird, so fragt Freyer, auf die Frage nach dem höchsten Gut antworten: Die Bildung? Humboldt durfte noch seinen Beruf verlassen, um völlig der Bildung zu leben. Wenn wir aber von einem heutigen Menschen hören würden, er wolle ganz seiner Bildung leben, — würden wir das moralisch finden?

Der klassische Humanismus, der stets das gebildete Individuum als Repräsentanten der geistigen Welt, als einen in sich vollkommenen Mikrokosmos anstrebte, so folgert Freyer, ist zu eng geworden, kann doch das Ganze in einer Zeit, die die Signatur der gesellschaftlichen Auseinandersetzung trägt, überhaupt nicht repräsentiert werden. Eine Rückwendung vom Historischen auf das Aktuelle, das Politische, auf den konkreten Menschen der Zeit sei erforderlich, und damit wandelte sich ohne weiteres Bestalt und Ziel unserer Bildungspadagogik. Aus der Bildungskrisis könnte uns ein neues Bildungsideal erstehen: der gegenwartsgerichtete Mensch, der die wirkliche Welt und ihre Bewegungsgee kennt, um sie entsprechend zu gestalten und umzugestalten.

Dieses neue Bildungsideal solle maßgeblich sein für unsere moderne Volksbildungsarbeit, die sich vielfach noch mit einer Art Zwischenlösung begnüge. Zwar wsse man, daß Volksbildung nur möglich sei im engen Kontakt mit der Lebenssituation, mit Anknüpfen an Sachkenntnis und Berufserfahrung des arbeitenden Menschen, doch forcierte man nur den Humboldtschen Bildungsbegriff anstatt den Blickpunkt zu ändern.

Die Diskussion ließ erkennen, daß die beiden Lager um Freyer und Becker sich unversohllich gegenüberstehen.

Dr. Lily Herzberg.

